

Zürcher Migrationskonferenz 2011

Integrationsforderungen im liberalen Rechtsstaat

Inputreferat zum Thema Parallelgesellschaften im liberalen Kontext

Eine Polemik gegen die Polemik

Yves Kugelmann

Ist Little Italy in New York eine Parallelgesellschaft oder integraler Bestandteil von Manhattan? Oder ist es letztlich Quintessenz des einstigen amerikanischen Selbstverständnisses einer Einwanderungsgesellschaft? Sind die Chinesen in Chinatown schlechtere Amerikaner, nur weil sie kaum ein Wort Englisch sprechen und Integrationsprogramme bisher ausgeblieben sind?

Sind die Banlieues von Paris von Bürokraten oder durch den Willen der Einwohner erschaffen worden? Ist das armenische Viertel Jerusalems eine Parallelgesellschaft, nur weil diese Glaubensgemeinschaft sich nicht über die ganze Stadt verteilt hat oder verteilen durfte?

Haben sich die Türken von Berlin Neukölln schlechter integriert als die Immigranten aus Italien um die Jahrhundertwende in Basel?

Sind Zürichs Zünfter durch ihre proklamierte Haltung der Ungleichberechtigung bald einmal die letzte real existierende Parallelgesellschaft in westlichen Staaten?

Nun. Ich muss Sie warnen und mich schützen. Dies ist eine Polemik gegen die seit Jahren andauernde Polemik. Eine differenziert-undifferenzierte Polemik anstelle eines analytischen Beitrags, wie es in den letzten Jahren so viele gab. Eine Polemik gegen die zunehmende Abschaffung von Errungenschaften der Aufklärung, zunehmende ethnische Nationalisierung und einer Selbstgeißelung auf Kosten Dritter. Eine Polemik, die auf Zitate von Frisch bis Sartre, auf Zahlen aus Statistiken und objektive Vernebelungen verzichtet.

Sie will subjektiv und anmassend, aber aufgeklärt sein. Und vor allem ist sie eine Polemik, die nicht parteipolitisch, weder pro- noch antikapitalistisch ist, sondern gegen die vermeintlich volksnahen Parteien polemisiert, die als Bewegung statt als politische Partei auf Ausgrenzung setzen und somit gegen die Moderne antreten.

Die westliche demokratische Gesellschaft hat längst vergessen, worauf der Rechtsstaat gründet, woher argumentiert, legiferiert oder Politik gemacht wird.

Die Aufklärung ist zum inhaltlosen Schlagwort verkommen. Die Liberalität westlicher Staaten gründet nicht mehr im Wort Liberté, in den in Verfassungen verbrieften Freiheitsrechten, sondern im Wirtschaftsliberalismus, der radikalen Freiheit des Kapitals und somit in der unsozialen anstatt der sozialen Marktwirtschaft.

Die Herausforderungen von Globalisierung, Migration und vielfältigen Bedrohungen wurden nicht mit dem Selbstbewusstsein der humanistisch aufgeklärten und der muslimischen, asiatischen oder etwa indischen äquivalenten Geistesgeschichte, sondern mit einer elitären Arroganz und einem das vermeintlich „Andere“ ausgrenzenden Sicherheitswahn beantwortet.

Wie einst werden in den letzten Jahren erneut unter Abkehr von den eigenen Grundgesetzen bis weit oben in der Politik Feind- und Fremdenbilder geschaffen; es wurde das „Andere“ neu definiert und das so genannte „Wir“ ausgrenzend bis elitär inszeniert. Die Beispiele sind bekannt.

Würde ein Thema immer nur von den Problemen und nicht von der Sache selbst her betrachtet, dann würden heute kein Autos mehr gebaut und das Ziel einer individuell-mobilen Gesellschaft nicht mehr verfolgt werden. Der Integrationsdiskurs – nennen wir ihn vorderhand mal so – allerdings wird nicht vom Standpunkt einer Gesellschaftsvision aus, sondern immer nur unter dem Aspekt der auftretenden Einzelprobleme geführt.

Dafür sind nicht jene verantwortlich, die hierher geholt wurden oder hierher kommen wollten, sondern jene Ideologen und Opportunisten, die seit Jahren das „Wir“ gegen das „Andere“ ausspielen.

Nun. Wie kann es sein, dass seit Mitte der 2000er-Jahre von Experten, Politikern und Demagogen die Parallel- gegen die aufgeklärte Gesellschaft ins Feld geführt wird?

Lassen wir beiseite, dass der Begriff Parallelgesellschaft eine für die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Zeit nicht sinnvolle Hilfskonstruktion ist, sondern eine ideologisch getränkte und die eigene Staatsform verkennende Floskel.

Denn – wörtlich genommen – was anderes als den Schutz paralleler Gesellschaften ermöglichen und fordern die modernen Verfassungen? In der Anwendung umschreibt der Begriff oder genauer gesagt das Schlagwort Parallelgesellschaft bei Soziologen, Politologen, letztlich aber auch bei Demagogen jene Gesellschaften innerhalb der modellhaften, aber in der Realität nicht existierenden Mehrheitsgesellschaft, die nicht den vielbeschworenen Leitkulturen, Leitbildern, Leitauffassungen, also in unserem Falle nicht der so genannten Schweizer Norm, Usanz, Identität entsprechen.

Die Aufklärung – und so müssen auch Fraternité und Egalité verstanden werden – wollte nicht gleichmachen, sondern den Menschen ihre Unterschiedlichkeit ermöglichen und dabei allen die gleichen Rechte, die Gleichberechtigung vor dem Gesetz garantieren, sie wollte somit die Unterschiede schützen. Die Aufklärung und hernach die daraus hervorgegangenen Verfassungen schützten den Glauben und Nicht-Glauben, die kulturellen oder ethnischen Prägungen bis hin zur Freiheit des Denkens und Redens im Rahmen der Gesetzgebung.

Die Aufklärung hat mit dem Naturrecht des Stärkeren gebrochen und die Gesetzgebung auf die Rechte der Schwächeren ausgerichtet. Die Aufklärung hat letztlich die Gemeinschaft gleichberechtigter und gleichverpflichteter Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, in der weder Blut, Religion, Ethnie noch eine andere Hierarchie ein falsches „Wir“ bilden sollen.

Die Aufklärung säkularisiert den Gemeinschaftsbegriff und erlaubt allen die Glaubensfreiheit, sie schafft das Volk als Masse ab und stärkt das Individuum mit einem Gesellschaftsvertrag, den heute niemand mehr kennen will. Dadurch gibt es das Andere nicht mehr, sondern nur die Summe der Anderen auf dem Fundament des gemeinsamen Nenners. Und dieser ist die Verfassung. Jene Verfassung, deren Satzungen die Bürgerinnen und Bürger mit verändern können. Gerade in der Schweiz.

Wenn es allerdings das Andere nicht mehr gibt, dann darf Integration nicht die Vernichtung des Anderen durch dessen Gleichmacherei mit dem Wir bedeuten.

Integration fordert heute Assimilation. Da hat sich seit Rolf Lyssys „Die Schweizermacher“ nichts geändert. Im Gegenteil.

So einfach all dies klingen mag, so schwer und nicht selbstverständlich ist die Umsetzung. In Zeiten zunehmender Ethnisierung demokratischer Rechtsstaaten werden gerade von Politikern gnadenlos die Mären etwa vom christlich-jüdischen Erbe Europas oder jene von der drohenden Islamisierung bedient. Da werden die Juden im Kampf gegen den Islam auf einmal heiss geliebt.

Missbrauch ist es allemal, und vor allem hat die Debatte über den Umgang mit fremden beziehungsweise eben anderen Kulturen eine Nicht- Qualität erreicht, die den fließenden Übergang zur reinen Demagogie abseits des aufgeklärten besseren Arguments bringt.

„Schweizer wählen SVP“ ist nicht nur ein Werbeslogan. Es ist der Inbegriff der Ausgrenzung der Schweizer Mehrheit, die glücklicherweise unter der Vokabel „Schweizer“ noch immer nicht einen aufgeladenen Nationalbegriff versteht, sondern die Identität des Bewohners oder der Bewohnerin eines Einwanderungslandes mit vielen Kulturen meint, eines Staates mit einer multireligiösen oder areligiösen Bürgerschaft.

Ja, sicher gibt es seit der Wirtschaftskrise und nicht erst seit der weiter gedachten Globalisierung Probleme zwischen Traditionen und Kulturen, zwischen den Lebenswelten, aus denen Zugewanderte kommen und jenen, die sie empfangen. Doch die unideologisch verstandene Parallelgesellschaft würde bedeuten, dass diese Probleme auf Augenhöhe angegangen werden, während die Politik jedoch ständig die falsch verstandene Integration und damit nichts Anderes als die Kolonisation der Anderen im Munde führt.

Integration meint letztlich Unterwerfung bis zur Selbstaufgabe an das, was bis vor den Grenzöffnungen vorherrschte und verkennt die Tatsache, dass die westlichen Gesellschaften letztlich nicht die Einverleibung des Anderen in das Unsere, sondern stets die Transformation der Gesellschaft innerhalb der gegebenen und sich demokratisch wandelnden Regelwerke bewirtschaften. Integration ist also nicht Assimilation oder gar Kolonisation des Fremden, sondern konstruktive Konfrontation des einen mit dem anderen zur Formulierung neuer Gesellschaftsverträge auf Augenhöhe.

Eigentlich verlangt die westliche Demokratie in ihrer Grundidee nicht die Selbstaufgabe des vermeintlich Anderen oder gar des Eigenen. Vielmehr schützt und beschwört sie die gegenseitige Befruchtung der Gesellschaft zugunsten einer tragfähigen Zukunft.

Und dazu gehört übrigens auch, dass – so hilfreich und zu befürworten dies auch sein mag – die Beherrschung einer landläufigen Sprache eine Option aber keine Bedingung ist. Aufklärung meint also nicht Gleichmacherei, sondern den Schutz der Identität des vermeintlich Anderen.

Doch aktuelle Politik tut genau das Gegenteil und begründet dadurch Parallelgesellschaften, die letztlich eine künstliche Erfindung der Bürokratie und einer verfehlten Integrationspolitik sind, die eigentlich eine tatsächliche Partizipationspolitik sein sollte. Denn wenn wir mit Blick auf das städtische Strassenbild ehrlich wären, gibt es das Andere nicht mehr, sondern nur noch die Individuen, die Masse jeweils unterschiedlicher Menschen, vereint in einer Gemeinschaft, die sich auf Grundregeln geeinigt hat.

Wenn also fundamentalistische Zeugen Jehovas, orthodoxe Juden, leidenschaftliche Hindus, christlich-extreme Piusbrüder, eifrige Muslime ihre Kultur oder Religion in dieser extremen Form des Alltags, in ihrer Kleidung, der Unterwerfung leben wollen, dann sollen sie dies uneingeschränkt tun dürfen – solange sie die säkulare Verfassung, das Gesetz, Grundrechte der anderen wie etwa die Gleichberechtigung von Frauen, schlicht den Fundus des Rechtsstaates akzeptieren und respektieren. Also Gesetz und Regeln, nicht Identitäten oder Kulturen.

Wäre der liberale Staat ein solcher im Sinne der Aufklärung – also ein freier und freiheitlicher – und nicht im Sinne des Wirtschaftsliberalismus, dann gäbe es keine von der Politik bewirtschafteten Parallelgesellschaften, sondern Bürgerinnen und Bürger, die aus der Sicht der Gemeinschaft den Gesellschaftsvertrag nicht einhalten.

Wer etwa Zugewanderten oder Andersgläubigen einen kausalen Willen zur Selbstausgrenzung unterstellt, hat nicht verstanden, dass eben gerade das vermeintlich Andere Teil der eigenen Gesellschaft geworden ist, schon lange bevor diese in die Moderne eintrat. Und wer jene ausgrenzt, die eine andere Identität haben, aber Gesetze sehr wohl einhalten, wer bei Kriminellen zuerst Unterscheidungen der Herkunft hervorhebt der hat nicht verstanden, dass die von den Industriestaaten begründete Globalisierung keine ist, die auf Diskriminierung und elitärem Hochmut basieren kann.

Ja. Richtig. Gegen all das Gesagte könnten viele, viele Einzelbeispiele angeführt werden, die es widerlegen. Doch kann dagegen keine Parallelgesellschaft angeführt werden, die es nicht gibt. Die Nachrichtendienste sprechen von rund 200 gewaltbereiten Muslimen, 500 gewaltbereiten Rechtsextremisten oder ein paar Hunderten extremistischen Autonomen. Das sind Kriminelle und nicht den Staat unterwandernde Parallelgesellschaften.

So weit so gut – oder eben nicht gut. Wenn in den letzten Jahren eine homogene Parallelgesellschaft ausgemacht werden könnte, dann wäre es jene, die durch das Geld im Denken und Verhalten geeint wurde. Die Eliten der Manager, Teile der Grossverdiener, Teile der Superreichen, die nicht alleine durch den Kontostand zur Parallelgesellschaft mutierten, sondern durch die Selbstauss- und -abgrenzung.

Wer dies als antikapitalistische Polemik verstehen will, macht es sich zu einfach und vergewaltigt eine Aussage, die anders gemeint und gesagt ist. Effektiv hat sich ein Teil der materiell und nicht inhaltlich definierten Gesellschaft vom Rest verabschiedet und führt ein Leben nach den Parametern Sicherheit, Gewinnmaximierung, Wohlstandswahrung, Abgrenzung und Formierung selbsternannter Eliten, die ausschliesslich auf den finanziellen, aber nicht auf den moralisch-ethischen Werten mit allen ihren Möglichkeiten basiert.

Parallelgesellschaften sind also allenfalls jene, die sich selbst ausgrenzen und nicht jene, die ausgegrenzt werden. Wer sich durch Fundamentalismus selbst ausgrenzt und die nationalen Gesetze nicht über alles stellt, formiert ebenso eine Parallelgesellschaft, die eigentlich Ablehnungsgesellschaft genannt werden müsste, wie jene, die sich selbst aus der Gesellschaft ausgrenzen.

Und daher gilt für die vermeintliche Mehrheitsgesellschaft, wie sie von den Politikern gerade im liberalen Staate ständig im Munde geführt wird, Albert Camus' Credo: „Die Freiheit besteht in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten.“

Die Pflicht nämlich unter anderem zur Eingrenzung der anderen in ihrer je eigenen Integrität. Und genau diese Pflichten übernehmen jene, die Teil der richtigen Schweiz sind und sein wollen. Wer das allerdings als Selbstaufgabe des wie auch immer gearteten Schweizertums jener deutet, die die Schweizerinnen und Schweizer durch die Wahl einer Partei und nicht durch die bedingungslose Anbindung an die Verfassung mit allen

Freiheitsrechten definieren, der oder die hat verpasst, dass die Realität abseits von politischen Reden oder abgehobenen intellektuellen Diskussionen eine einzige Parallelgesellschaft ist.

Und dass sie dies ist, das ist gut so.